Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31 367
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Ruhestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freita... Bei unver' eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg.. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
81. Jahrgang

Nr 46 — Dienstag, den 24. Februar — 1925

Der deutsche Vorstoß in der Militärkontrollfrage

Deutschland versucht an den Verhandlungstisch zu kommen. — Auch eine Anregung in der Sicherheitsfrage? — Reichspräsident Ebert schwer erkrankt. — Der Reichsinnenminister arbeitet eine Verfassungsreform aus.

Die deutsche Anregung

Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen diplomatische Schritte unternommen, um auf den Gang der alliierten Verhandlungen über die Militärkontrolle einwirken zu können. Nunmehr wird aus London gemeldet, daß Deutschland die Anregung gegeben habe, Vertreter der deutschen Regierung zu den Verhandlungen über den Kontrollbericht hinzuzuziehen. Das englische Kabinett werde sich mit diesem deutschen Vorschlag bereits am Mittwoch beschäftigen.

Tatsächlich ist in einer Note vom 7. Februar von der Reichsregierung den alliierten Regierungen ein ähnlicher Vorschlag unterbreitet worden. Es handelt sich dabei aber nicht nur um einen diplomatischen Schritt in London, sondern um eine Aktion, die das Auswärtige Amt bei allen beteiligten alliierten Regierungen vornehmen ließ. Der Zweck der deutschen Anregung ist ohne weiteres klar: Die Berliner Regierung will verhindern, daß der Militärkontrollbericht zu einer großen Aktion gegen Deutschland gemacht wird. Wenn in der Militärkontrollfrage die alliierten Regierungen Anlaß zu Beschwerden zu haben glauben, so kann man nach deutscher Auffassung auf dem Wege direkter Verhandlungen zu einer Beilegung dieser Streitfragen kommen. Es würde nur zur Verschärfung der ganzen Situation führen, wenn jetzt die alliierten Regierungen in einer Note an Deutschland eine Reihe von Bedingungen stellen und durch zeitraubende Verhandlungen eine unabsehbare Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone eintritt. Die Weg direkter Verhandlungen über die Militärkontrollfrage wäre auch insofern praktischer, als dadurch eine völlige Trennung der Probleme der Räumung und der Sicherheitsfrage eintreten würde. Deutschland kann nicht zugeben, daß Frankreich die Räumung von der Lösung der Sicherheitsfrage abhängig macht. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Regierung auch ihrerseits nicht beabsichtigt, bedingungsweise die Räumung zu verlangen, ehe sie irgendwelche Aufgaben in der Sicherheitsfrage macht, sondern man wünscht in Berlin weiter nichts als die Ausführung des Versailler Vertrages und die Innehaltung der von den alliierten Regierungen gegebenen Zusagen.

An den politischen Fronten geht das Gerücht, daß die deutsche Regierung bei ihren diplomatischen Schritten auch einen Vorschlag in der Sicherheitsfrage unterbreitet habe. Da man in den Berliner Regierungskreisen strengstes Stillschweigen bewahrt, ist es nicht möglich, die Richtigkeit dieses Gerüchtes nachzuprüfen. Soviel steht aber fest, daß das Reichskabinett im Falle des Zustandekommens direkter Verhandlungen die deutschen Vertreter bevollmächtigen würde, auch über die Sicherheitsfrage zu verhandeln.

Die französische Regierung scheint die Hinzuziehung Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick nicht zu wünschen. Aus diesem Grunde lauten auch die Kommentare der französischen Presse den deutschen Verhandlungsvorschlägen gegenüber ziemlich ablehnend. Trotzdem ist man in Berlin nicht der Meinung, daß dadurch alle Wege, zu einer direkten Aussprache mit den Alliierten zu gelangen, verschüttet sind, sondern man hat eher den Eindruck, daß es doch noch zu einer Konferenz kommen wird. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, daß diese Konferenz vor Ende März zustandekommen würde.

Zu den Meldungen Londoner Blätter über eine neue offiziöse deutsche Anregung in London daß deutsche Vertreter vor der Abfassung der nächsten Note der Alliierten über die Räumung Deutschlands gehört werden sollten, teilen die Berliner Blätter mit, daß seit der letzten deutschen Note vom 7. ds. Mts., in der zum Schluß darauf hingewiesen worden war, daß die ganze Frage nur auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung gelöst werden könne, ein neuer offizieller Schritt der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit nicht erfolgt ist.

Die Ziele des Reichskanzlers

Dr. Luther auf dem Pressebankett

Der Einladung des Reichsverbandes der Deutschen Presse zum ersten Bankett der deutschen Presse im Hotel Esplanade waren neben dem Reichskanzler Dr. Luther, die Reichsminister Schiele, Dr. Frenken, Dr. Neuhaus, Dr. von Schlieben und Stinal und der Generaldirektor der Reichsbahn Oeser gefolgt. Außerdem waren diplomatische und konsularische Vertreter von 14 verschiedenen Staaten erschienen. **Chefredakteur Becker** begrüßte als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse die erschienenen Gäste, insbesondere Reichskanzler Dr. Luther.

In seiner Erwiderung sprach

Reichskanzler Dr. Luther

zunächst den Dank aller Gäste aus und kam dann auf Sinn und Bedeutung dieser Zusammenkunft zu sprechen. Die Regierung hat zwei Wege, um die Verbindung mit dem Volke zu finden, um dessen Willen sie ja ganz allein da ist. Der eine ist der juristische Weg. Sie wissen, wie sich der vollzieht. Man macht Gesetzesvorlagen und sucht jeweils die juristischen Voraussetzungen für sein Werk zu schaffen. Ebenso wichtig ist aber der andere Weg, der der ganz unmittelbaren Berührung mit der Wirklichkeit in Volk und Land.

Da die Presse die große Mittlerin ist, um die rechten Beziehungen zwischen Regierung und Volk aufzubauen ist es auch gerechtfertigt, daß ich bei dieser Gelegenheit nach dem gefragt werde,

was die Regierung eigentlich will.

Sie wissen, daß an die Spitze der Erklärung, die die letzige Regierung im Reichstage abgegeben hat, das Wort gesetzt worden ist, daß wir sachliche Politik treiben wollen. Was ist eigentlich unter sachlicher Politik zu verstehen? Ich glaube, mit dem Worte sachliche Politik ist nichts andres gesagt, als dies: Wir wollen als Regierung den pflichtmäßigen Standpunkt jeder Regierung, die ohne irgendwelche Ansehung nur auf das ganze sieht, mit aller Kraft durchzuführen versuchen. Gewiß ist hier ein Gegensatz, wenn Sie wollen, für die Parteipolitik, oder ein in der Natur der Sache gegebener. Jede Partei sieht die Dinge selbstverständlich unter dem Gesichtspunkte des Bevölkerungsteiles, der hinter ihr steht. Die Regierung soll das Ganze ohne Rücksicht auf diese Parteistellung sehen.

Das soll nun nicht etwa eine Politik der faulen Kompromisse sein, aber wohl ist es eine Politik der Synthese, der Zusammenfassung und damit der Gewinnung eines neuen Deutschlands zum weiteren Voranschreiten des Volkes. Das wenigstens ist unser Wille und unser Ziel.

Es gibt sachliche Fragen, in denen kaum Gegensätze vorhanden sind, und das sind die großen Fragen der Außenpolitik. Die Politik auf diesem Gebiete ist gewiß nicht leicht, und besonders schwierig ist sie oft für die Presse, denn entgegen der eigentlichen Natur der Presse heißt es hier oft in den ernsten Zeiten:

Warten und Schweigen!

Die deutsche Presse wird es mir nicht verdenken, wenn ich glaube, sie auch in dieser Stunde an dieses schwerste Erfordernis erinnern zu dürfen. Es gibt auch andere Dinge, die man fast ohne sachliche Gegensätze erledigen kann. Nicht soviel in der Politik des Reiches, mehr in jener unmittelbaren, an den Dingen darstehenden Politik, wie sie die Kommunen treiben können. Wir alle wollen als Ziel das eine: Deutsches Vaterland, gesund und stark nach außen und nach innen! Wir müssen es aufbauen und wir wollen es aufbauen unter Berücksichtigung auf die geschichtlich gegebenen Tatsachen, aus denen das deutsche Volk zusammengewachsen ist. Oder lassen Sie mich einen anderen Gegensatz nennen: Individualismus — Sozialismus. Oder lassen sie uns an die großen Gegensätze denken, die unser deutsches Vaterland in den Fragen der Weltanschauung durchziehen. Hier handelt es sich um ein Nebeneinanderleben. Hier muß die Politik die Aufgabe erfüllen, daß aus diesem Nebeneinander kein Gegeneinander wird. Hier muß sie dafür sorgen, daß die Weltanschauungen miteinander im Frieden ringen können. Unser Volk darf an solchen Gegensätzen nicht zerbrechen. Auch diese Gegensätze müssen durch kluge Politik überwunden werden, so daß am Endziel eine Stärkung des deutschen Volkes daran entsteht. Hier liegt auch die schwerste Aufgabe für die Presse.

Die schwerste Aufgabe für die Presse liegt darin, in Fragen, wo unser Volk in Gegensätzen einander gegenübersteht, auch dem Standpunkte des anderen die erforderliche Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Die doktrinäre Zuspitzung etwa zwischen Zentralismus und Föderalismus steigert stets den Gegensatz und hemmt die sachliche Entwicklung. Mir widerstreben solche doktrinäre Zuspitzungen. Am Ziele sind wir alle einig, daß unser deutsches Volk wieder seinen Platz in voller Gleichberechtigung und in voller Anerkenntnis im Kreise der Völker einnehmen muß.

Der Kanzler schloß mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland.

Deutschlands Zahlungen

Das Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die Eingänge und Zahlungen bis zum 31. Januar 1925. Danach betragen die Eingänge im Januar 108 317 807, in der Gesamtsumme bis zum 31. Januar 394 581 255 ℳ. Ihnen stehen an Zahlungen gegenüber im Januar 103 575 348 und in der Gesamtsumme 381 396 148 ℳ. Der Barüberschuß in der Reichsbank beträgt demnach am 31. Januar 13 185 106 ℳ. Im einzelnen sieht man, daß aus dem Ertrage der Anleihe bisher 385 191 515 ℳ eingegangen sind. An die einzelnen Staaten wurden einschließlich der Sachlieferungen und der Besatzungskosten gezahlt:

Frankreich: 47 276 000 ℳ (in der ersten Jahresannuität bis zum 31. Januar 161 434 000 ℳ),
England: 19 359 000 (85 111 000) ℳ,
Italien: 8 959 000 (32 482 000) ℳ,
Belgien: 9 335 000 (38 855 000) ℳ,
Japan: 399 000 (1 290 000) ℳ,
Südslawien: 2 077 000 (11 932 000) ℳ,
Portugal: 725 000 (2 220 000) ℳ,
Rumänien: 641 000 (2 807 000) ℳ,
Griechenland: 684 000 (954 000) ℳ.

Ebert operiert

Reichspräsident Ebert ist an einer Blinddarmentzündung erkrankt und mußte sich einer Operation unterziehen die Professor Bier vergangene Nacht vornahm. Die Operation ist gut verlaufen. Die verfassungsmäßige Vertretung des Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen.

Der Machtkampf in Preußen

In Preußen sind die Dinge jetzt soweit getrieben, daß es tatsächlich nur noch eine Frage der Zeit ist, bis wann eine Neuwahl erfolgen muß, um die gänzlich unhaltbaren Zustände des preußischen Landtages zu beseitigen. Die bisherigen Regierungsparteien verschanzen sich hinter dem früheren Reichskanzler Marx, den sie auch nach der jüngsten parlamentarischen Niederlage wieder als Kandidaten für die Ministerpräsidentschaft aufstellen werden. Da es aber nach Lage der Dinge sehr schwer sein dürfte, eine parlamentarische Mehrheit für Marx zusammenzustellen, so wird es überhaupt nicht möglich sein, auf der jetzigen Grundlage im preußischen Landtag zu einem sachlichen Arbeiten zu kommen.

Die Opposition von rechts und links ist geschlossen vorgegangen, um das Ministerium Marx zu stürzen. Die Rechtsparteien haben nicht die parlamentarische Stärke, die notwendig wäre, um ein neues Kabinett zu bilden, und sie können ohne Zentrum bei der gegenwärtigen parlamentarischen Konstellation keinen Ausweg aus der Krise schaffen. Von maßgebender parlamentarischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Bedeutung dieses Kampfes um die preußische Regierungsmacht in erster Linie in den Gegensätzen zwischen den bürgerlichen Parteien selbst gegeben ist. Daß die Sozialdemokratie als Regierungsfaktor in Preußen mehr oder weniger in den Hintergrund treten muß, sei ganz selbstverständlich. Ebenso zwingend sei aber auch die Notwendigkeit, daß die Umgruppierung der politischen Verhältnisse in Preußen nicht so radikal vorgenommen wird, wie es bisher in anderen Einzelstaaten der Fall war, z. B. in Bayern, Mecklenburg und Thüringen. Die Aenderung der Regierungsverhältnisse wirkt sich in den Ländern erheblich radikaler aus als im Reiche, wo die Kontinuität der Regierungspolitik schon durch den Zwang der Verhältnisse gegeben ist. Wenn jetzt in Preußen an die Stelle der bisherigen Koalition eine ausgesprochene Rechtsregierung tritt, so würde dies sich gleich in der ganzen Verwaltung geltend machen. Aus all diesen Gründen hält man es für sehr schwer denkbar, daß es in Preußen überhaupt ohne jeden Uebergang zur Bildung einer Rechtsregierung kommen kann.

Nicht alle Parteien, die gegen das Ministerium Marx angekämpft haben, lassen sich von positiven staatsbürgerlichen Zielen leiten. Ganz abgesehen von den Kommunisten, die lediglich ihre staatsfeindlichen Absichten durchsetzen wollen, sind es beispielsweise die Welfen, die Deutschhannoveraner, die in der Wirtschaftspartei ihren Einfluß geltend gemacht haben. Es wäre gänzlich unangebracht, diese kleine Gruppe, die auf die Loslösung der Provinz Hannover vom preußischen Staat hinarbeitet, zur staatsbürgerlich gerichteten Opposition zählen zu wollen. Da eine Rechtsregierung diese separatistischen Pläne ebenso scharf bekämpfen müßte, wie das die bisherigen preußischen Kabinette getan haben, würden die Deutschhannoveraner sie ebenfalls so scharf befehden wie jetzt das Ministerium Marx. Es hat daher gar keinen Zweck, die Tatsache außer acht zu lassen, daß die bei dem Kampf gegen die Regierung Marx angewandten parlamentarischen Mittel den Staatsinteressen nicht dienlich gewesen sind. Oder soll man etwa den maßgebenden „Einfluß" der welfischen Separa-